Postler-Kampf gegen Hunger

„Der Kapitalismus muß sterben, wenn wir leben wollen"

Mit dem 1. Juli trat der neue Lohn- und Gehaltsraub für die Lohn- und Gehaltsempfänger im Reichs- und Staatsdienst in Kraft. Die vorliegende Notverordnung ist der brutale Versuch der Bourgeoisie, die Krise des kapitalistischen Systems auf Kosten der werktätigen Massen zu überwinden. Den Beamten, Angestellten, Postbeamten und Telegraphenarbeitern wird durch die fortgesetzten Lohnraub ein Stück Brot nach dem andern vom Munde geraubt und unser Hungerdasein ungeheuer verschlechtert.

Bei den Beamten kommen vom 1. Juli 1931 ab zu dem Gehaltsabzug von 6 Prozent die neuen 4—8 Prozent der neuen Notverordnung. Kollegen, Beamte! Es werden euch also nicht nur 6, sondern 10—14 Prozent vom Nominalgehalt abgezogen.

Dieser neue Gehaltsraub trifft mit voller Wucht die unteren und mittleren Beamten und Angestellten, während die oberen Tausendstern bei dem Schwindelmanöver der Staffelung wie immer davonkommen werden. **Alle bisherigen Freigrenzen sind gefallen.**

Bei den Beamten sind die Auswirkungen des Gehaltsraubes durch die Staffelung einschließlich des herabgesetzten Kinderzuschlages in Prozenten folgende: Bis zu 2000 Mark 9 Prozent, bei 3000 Mark 6,5 Prozent, bei 10 000 Mark Jahresgehalt nur noch 4,5 Prozent. Also bei den unteren Gehaltsstufen der prozentual höhere Abzug!

Zu alledem ist eine weitere zwangsläufige Senkung der Löhne für die Tarifarbeiterschaft festgesetzt; trotzdem erst in den letzten Wochen ein 4-prozentiger Lohnraub und die Streichung der Zusatzlage durchgeführt wurde.

Der Gesamtverband und die christliche Deutsche Postgewerkschaft haben in den letzten Tagen in Verhandlungen mit dem Reichspostministerium den ersten Lohnraub auf Grund der neuen Notverordnung durch eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich von 42 auf 45—48 Stunden festgelegt. Wann der weitere Lohnraub durch eine zweite Arbeitszeit- und Dienstverkürzung ohne Lohnausgleich folgen soll, liegt noch nicht fest. Aber bei den Verhandlungen ist diese Möglichkeit durchaus erwogen und offen gelassen worden. In vereinzelten Oberpostdirektionsbezirken ist bereits die 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich für Arbeiter wegen angeblichen Arbeitsmangels eingeführt worden.

Mit der Notverordnung fällt bei den Arbeitern die ganze Urlaubslage. Mit Wirkung und Durchführung der vollen Notverordnung soll die Arbeitszeit auf 40 Stunden ohne Lohnausgleich verkürzt werden.

Das Gehalt eines verheirateten Postschaffners mit einem Kind und zweimaliger Dienstaltterszulage verringert sich von 192,20 auf 179,45 Mark. Davon gehen ab an Abzügen: Krankenkasse 7 Mark, Steuern 5 Mark, Kleiderkasse 4 Mark, Pumpschulden usw., so daß den Postschaffnern im glücklichsten Falle 145 Mark zum Leben und für die Miete verbleiben.

Der Kollege Telegraphenarbeiter erhält jetzt 46,28 Mark, nach den neugeschlossenen Vereinbarungen 42,72 Mark, und nach vollen Durchführung der Notverordnung (40-Stunden-Woche) im Lohnabzug 2, Ortsklasse C, Lohngruppe 5 nur noch 35,29 Mark pro Woche, **davon gehen mehr als 6 Mark Abzüge an Steuern,** Krankenkasse usw. ab. Die verheirateten Kollegen sind, da Kinder- und Frauenzuschläge in Fortfall kommen, zum Hungern verurteilt. Den **Reinemachefrauen verbleiben 21—22 Mark, den Putzfrauen nur 21—25 Mark.**

In einigen Gruppen beträgt der Lohnraub laut Notverordnung mehr als 10 Mark. Das sind Berechnungen für Berlin. Noch weit früher und hoffnungsloser ergeht es den Kollegen in der Provinz.

Die Beamtenverbände, ganz gleich welcher Schattierung, beschränken sich auf leere Proteste. Sie zerreißen euch, reden von Gewerkschaftsbürokratie, nun von Brüning, Dietrich usw. abzulenken und reden euch ein, „die geeigneten Schritte" unternehmen zu wollen. Abänderungsforderungen zur Notverordnung wollen sie stellen. Forderungen an den Reichstag, dessen Einberufung die Führer der christlich-bürgerlichen Beamtenverbände genau so wie die Führer des Gesamtverbandes verhindert haben. **Die „Abänderungsforderungen" dieser Verbandsbürokratie sind nichts als Schwindel.** Die SPD-Führer haben es in ihrer Presse (z. B. Vorwärts vom 14. Juni) offen ausgesprochen, daß sie am finanziellen Ertrag der Notverordnung nichts mindern wollen, daß sie mit der Krisensteuer einverstanden sind usw. Immer wieder betonen die Führer der Berufsverbände, daß die Beamten „ihrerseits bereit sind, zur Milderung der Not beitragen zu wollen". **Auch die Nazis und Deutschnationalen führen nicht den geringsten tatsächlichen Kampf gegen die Notverordnung und die Brüning-Regierung.** Ihre Politik besteht in leerem Phrasendreschen und in blutigem Terror gegen diejenigen, die wirklich gegen das Kapital kämpfen. Die Beamten treten zum großen Teil aus ihren Organisationen aus. Die Nazis wollen in diesem Moment neue Beamtenorganisationen schaffen. Wenn die Beamten diesen Nazigebilden ins Garn laufen, dann liefern sie sich von neuem den Betrügern aus.

Die Besitzenden, die Kapitalisten, verkünden durch den Reichsverband der Industrie, daß sie sich jeder Belastung widersetzen. Sie fordern, daß den opferbereiten Beamten, Angestellten und Arbeitern in den Staatsbetrieben noch mehr genommen werden soll.

Kollegen und Kolleginnen! In Youngdeutschlands Postbetrieben muß die Frage der Abwehr dieser Maßnahmen gestellt werden. Der Massenstreik wird selbst von sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Kollegen gefordert. Ueberall müssen gemeinsame Kampfausschüsse gebildet und die vorbereitenden Maßnahmen sofort in die Wege geleitet werden.

Wir müssen uns unserer eigenen Kraft bewußt werden. Wir dürfen uns nicht wegen der verschiedenen Organisationsmitgliedsbücher der national-bürgerlich-reformistischen Gewerkschaftsorganisationen in den Haaren liegen oder gar die unorganisierten Kollegen verachten. Sie gehören zu uns. **Alle unzufriedenen Kollegen müssen sich, ob Arbeiter, Angestellter oder Beamter, in Kampfausschüssen sowie in Betriebsgruppen der RGO zusammenschließen und sich so gegen die Ausplünderung zur Wehr setzen.** Dazu gehört auch, daß die alten Gewerkschaften und Verbände nicht kampflos verlassen werden, sondern es gilt, die noch darin befindlichen Mitglieder zum Kampf gegen den Lohn- und Gehaltsabbau zu mobilisieren.

Kollegen, die Bedeutung unserer Betriebe ist ungeheuer groß. **Geschlossen können wir daher jeden Angriff abwehren und das uns Geraubte zurückerobern.**

Kollegen! Bildet gemeinsame Kampfausschüsse gegen Lohn- und Gehaltsraub, rüstet zur passiven Resistenz, zum politischen Massenstreik! Trefft alle Vorbereitungen!

Kollegen! Euer Elend wird im Grunde verursacht durch das kapitalistische System. Wir werden, wenn wir uns nicht wehren, am Hunger zugrunde gehen müssen. **Wir aber sagen: Der Kapitalismus muß sterben, wenn wir leben wollen! Kämpft für ein freies, sozialistisches Deutschland!**

Justizangestellte!

Protest gegen Gehaltskürzung

Scharfe Entschließung am Amtsgericht Dresden

Vom Angestelltenrat beim Amtsgericht Dresden erhalten wir folgenden Bericht:

Die über 200 Mann starke Belegschaft der Angestelltenschaft bei dem Amtsgericht Dresden, hat am 26. Juni 1931, eine Angestelltenversammlung abgehalten, in der folgende Entschließung gefaßt worden ist:

„Die Angestellten des Amtsgerichts Dresden nehmen in der Zeit der wiederholten Gehaltskürzungen entschieden Stellung gegen eine weitere Gehaltssenkung durch Einführung der 40-Stunden-Woche, weil damit das Einkommen der Angestellten, ihre Lebensnotwendigkeiten und die ihrer Familien nicht mehr garantiert werden kann."

Diese Entschließung der Justizangestellten beim Dresdner Amtsgericht zeigt, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger für die revolutionäre Forderung der Kommunistischen Partei und der RGO sind, **für die 40-Stunden-Woche, den Siebenstundentag mit vollem Lohnausgleich.**

Wir haben bereits in der letzten Beilage für Beamte und Angestellte die ungeheuerliche Wirkung der letzten Notverordnung auf die Behördenangestellten gebrandmarkt. Die Entschließungen der Angestelltenschaft an den Behördendienststellen gegen die Notverordnung sind ein Gradmesser für die berechtigte Empörung. **Jetzt gilt es aber den nächsten Schritt zu tun, sich der RGO anzuschließen und gemeinsam mit dem revolutionären Proletariat den Kampf gegen den Hunger zu organisieren.**

Angestellte und Beamte! Berichtet

über eure Not an die Arbeiterstimme. Schreibt uns ungeniert Briefe. Klagt an die herrschende Klasse. Laßt eure Anklagen zum Kriegsruf für den Kampf um die Freiheit werden.

Millionen Beamten der Hunger verordnet

Die Kapitalkönige in Youngdeutschland **verstanden es** bisher, aus den Massen ungeheure Summen herauszupressen. Welchen Tribut allein die Beamten durch die **neue Notverordnung** an das deutsche Finanzkapital leisten sollen, wird erst klar, wenn man sich die Zahl der Beamten vergegenwärtigt.

Ohne die Reichswehr gibt es **Beamte:**

des Reichs	94 064
der Länder	354 186
der Gemeinden	312 736
der Hansastädte	28 210
zusammen	770 085
Reichsbahnbeamte	310 000
Reichspost	257 000
insgesamt	1 337 085

Sie setzen sich zusammen:

Untere Beamte	rund 950 000
Mittlere Beamte	rund 300 000
Hohe Beamte	rund 150 000

Eine kleine Schicht hoher Bürokraten, Vertreter des kapitalistischen Regimes, kommandieren über 1 Million unterer und mittlerer Beamten. **Daraus ist zu ersehen, daß die überwiegende Mehrzahl der Beamtenschaft unter kühner, revolutionärer Führung der RGO sehr wohl fähig ist, ihre Forderungen durchzusetzen.**

Schieck diktiert Gehaltsraub!

Die Filiale der Brüningregierung in Sachsen, das Schieck-Kabinett, diktierte auf **Grund der Brüningverordnung vom 5. Juni den Gehaltsraub auch für Sachsen, beginnend mit dem 1. Juli.** In dem **gemeinsamen Ministerialblatt vom 29. Juni** wird sämtlichen **Arbeitern, Beamten und Angestellten des Staates** erklärt, daß die Schieckregierung genau wie die Brüningregierung einen skrupellos **volksfeindlichen Kurs steuert, der zum schärfsten Kampf herausfordert.**

Auch Polizeibeamte...

Die bürgerliche Presse verbreitete die Meldung, daß eine Gehaltskürzung für Polizeibeamte auf Grund der Notverordnung nicht in Frage käme. Jetzt ist sie gezwungen, diesen frechen Schwindel zu dementieren.

Dorpmüllers Raubzug

Die neue Notverordnung der Brüningregierung hat für die Eisenbahnarbeiter **besonders fürchterliche Auswirkungen.** Nicht genug, daß sie durch die Krisensteuer usw. ebenso betroffen werden wie alle Arbeiter, für die Eisenbahnarbeiter wird eine **sofortige,** noch weitergehendere Lohnkürzung diktiert. **Sofort wird** ihnen der Kinderzuschlag für ein zuschlagsfähiges Kind genommen. Ferner bestimmt die Notverordnung, daß nach Ablauf des jetzigen Tarifvertrages im Herbst die Reichsbahnverwaltung von sich aus **einen neuen Lohnabzug** von 1 bis 4 Pf. pro Stunde, durchschnittlich 6 Prozent, vornehmen kann, wenn die Gewerkschaftsvertretungen nicht freiwillig zu einem solchen Lohnabbau ihre Zustimmung geben. Das ist ein direkt faschistisches Lohndiktat nach italienischem Muster. Das ist die glatte Vernichtung der letzten Arbeiterrechte. Durch den Lohnabbau wird den Reichsbahnarbeitern die Existenzmöglichkeit genommen, schon heute gibt es Familienväter von verheirateten Reichsbahnarbeitern, die Wochenlöhne von 20 bis 25 Mark und zum Teil noch weniger beziehen. Schon heute können sie mit diesem Lohn kaum mehr existieren. Man stelle sich vor, was nach dem neuen Lohnraub werden soll.

Die sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsführer geben zum Schein Protesterklärungen gegen diesen Lohnabbau heraus. In diesen Erklärungen wird aber vor allem versucht, die Eisenbahnarbeiter gegen die unteren und mittleren Beamten aufzuhetzen, weil angeblich diesen Beamtenkategorien noch nicht genug vom Gehalt abgezogen worden sei. Mit diesem Trick, die Arbeiter gegen die Beamten zu hetzen, will die Gewerkschaftsbürokratie die Eisenbahner vom richtigen Wege abbringen.

Eisenbahner, laßt euch nicht gegen die unteren und mittleren Beamten hetzen! Erkennt, daß es die christliche und sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie war, die immer die Brüningregierung unterstützt hat und die an eurem Elend die volle Schuld trägt! Nehmt geschlossen Front gegen die Volksausplünderer! Schart euch um die RGO., die einzige gewerkschaftliche Kampforganisation, die im Kampf gegen den Lohnraub die Arbeiter, Angestellten und Beamten führt! Eisenbahner, kämpft unter Führung der KPD. innerhalb der großen Volksaktion gegen das Hungersystem!

Nur die RGO organisiert die einheitliche Kampffront aller Lohn- und Gehaltsempfänger für den Existenzkampf!

Ich stehe vor der Katastrophe!

Notschrei eines Beamten an die Arbeiterstimme.

Ich bin seit 1922 festangestellter Beamter und erhalte mit 41 Lebensjahren nach der neuen Notverordnung ein monatliches Gehalt von netto 196 Mark. Die sollen für eine dreiköpfige Familie reichen. Mein Monatsetat sieht so aus:

Miete für Neubauwohnung	68 Mark
Monatsfahrkarte	22 Mark
Beleuchtung, Heizung, Gas	10 Mark
Kranken- und Sterbekasse	12 Mark
Verbandsbeitrag	2 Mark
Abzahlung für Kleidung und Diverses	20 Mark
Diverse Bedürfnisse	5 Mark
	139 Mark

Mithin bleiben an Wirtschaftsgeld für Wäsche, Seife, für Schulbücher usw. alles in allem 54 Mark für einen Monat. Dazu kommen noch die Abgaben für die Bürgersteuer, die in diesem Voranschlag nicht mit eingesetzt sind.

Ich war seinerzeit, als ich vom Wohnungsamt eine Siedlungswohnung für 58 Mark zugewiesen bekam, überaus glücklich, nun für die Familie ein Stückchen Heimat schaffen zu können. Inzwischen sind auch die Mieten erhöht, und ich stehe hervorgerufen durch die neuen, erheblichen Abzüge, **vor einer unausbleiblichen Katastrophe.** Wer kann wissen, ob nicht drei Monate später eine neue Notverordnung die jetzige ablöst.

So wie mir geht es leider Tausenden von Kollegen. Hab. Verbitterung, Arbeitsunlust, Verzweiflung und Erregung wegen des geringen Wirtschaftsgeldes sind die Jugaben der Notverordnung. Ich will nicht allzu schwarz sehen, was noch kommen kann, aber **das Maß des Erlaubten ist längst und bei weitem überschritten.**

Lest euer Kampforgan, die „Arbeiterstimme"!